



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170.
Fernsprecher 24891 - 83
Fernschreiber 0596690

P/XIV/26 - 31. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Pflicht zur Wachsamkeit zu einer Großen Anfrage der SPD über die Korruption	65
2a	Welch' ein politischer Stil! Opposition über die Bonner Deutschlandvorschläge nicht unterrichtet	46
3	Aus Karachi nichts Neues Zum Ausgang der Tagung der Mitglieder des Bagdadpaktes	36
4	Prager "Kulturschiff" in Hamburg Treffpunkt der Elbeschiffer aus der CSR	48
5 - 6	Ist die Angestellten-ausbildung zeitgemäß? Angestellte und Automation	44

* * * * *
* * *

Pflicht zur Wachsamkeit

U. D. Da die meisten Korruptionsfälle in der Verwaltung glücklicherweise immer noch vor den Strafrichter kommen, war es in der letzten Justizdebatte im Bundestag unvermeidlich, diese Affären am Rande mit zu berühren. Korruptionsfälle aber sind in ihrem Kern - und besonders, wenn sie sich Käufer - Angelegenheiten der Personalpolitik. Für sie muß die Spitze der Exekutive geradestehen, und liegen Anzeichen vor, daß die Dinge schleppend behandelt werden, gehören sie vor das Parlament. Die Opposition würde ihre Pflicht zur Wachsamkeit sträflich vernachlässigen, wenn sie nach den Koblenzer Bestechungsprozessen, den Leihwagen-Affären und verschiedenen weniger bekannten Fällen nicht den Bundestag zu einer Aussprache hierüber veranlassen würde.

Den Anstoß dazu wird eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion geben. Die Regierung soll mit ihren Antworten auf die einzelnen Fragen dem Parlament bekanntgeben, was sie bisher unternommen hat, um Korruptionsfällen so weit wie möglich vorzubeugen. Sie wird damit zugleich Gelegenheit erhalten, vor der Öffentlichkeit darzutun, daß bei Verfehlungen einzelner Beamter hart durchgegriffen wird, um der Gesamtheit der Staatsdiener das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten.

Um jeglichen Verdacht eines Eingriffs in schwebende Verfahren zu vermeiden, fragt die SPD in ihrer Anfrage nach den Präventivmaßnahmen, die von der Regierung auf Grund der verschiedenen Fälle ergriffen worden sind. So wurden um die letzte Weihnachtszeit herum einige Hausanordnungen einzelner Behörden bekannt, die dringend vor der Annahme von Geschenken warnten. Andererseits aber sind noch heute viele Verwaltungsangehörige unschlüssig, ob ein Drehbleistift die erlaubte Grenze überschreitet und wenn nein, von welchem Wert ab er verboten ist. Vorgesetzte, die von ihren Untergebenen korrekterweise um Rat gefragt werden, sind ebenfalls häufig in Unklaren, wie sie antworten sollen. Noch schwieriger wird die Entscheidung dort, wo das Angebot nicht in einer Sache, sondern in einer Dienstleistung besteht.

Es gibt bis auf den heutigen Tag keine klare Antwort der Bundesregierung auf die Frage, ob die Benutzung eines Leihwagens erlaubt ist

oder nicht. Die Stellungnahme des Bundeskanzlers in der Justizdebatte zum Fall Kilb war ein "Ja", die Staatsanwälte und mit ihnen die öffentliche Meinung dagegen sagen "Nein". Die Regierung vernachlässigt ihre Fürsorgepflicht, wenn sie diese Unklarheiten bestehen läßt und darum eine Reihe von Beamten in das Gefängnis kommen. Gerichtlich und disziplinarisch mit zweierlei Maß zu messen ist unmöglich.

Ein bisher noch recht wenig durchleuchtetes Kapitel sind die 236 Betriebe in Bundesbesitz. In ihren Aufsichts- und Verwaltungsräten ist eine nicht unerhebliche Zahl von höheren Bundesbeamten vertreten, die dort den anfechtungen schlechter Sitten im Wirtschaftsleben noch stärker ausgesetzt sind als in ihren Ministerien. Eine Verordnung bestimmt, daß ein solcher Beamter als Mitglied eines Aufsichtsrates nur 960 DM seiner dort bezogenen Vergütung behalten darf, sind es mehrere Gesellschaften, erhöht sich der Betrag auf 1280 DM. Wie der Fall des rheinland-pfälzischen Finanzministers Nowack so nebenbei ergab, herrscht dagegen über das Thema Sachleistungen an Aufsichtsratsmitglieder wenigstens ebenso viel Unsicherheit wie über das Thema Leihwagen.

Es sind nicht Heiß oder Kleinlichkeit, die der Öffentlichkeit so viel Gesprächsstoff über diese Fragen geben. Es ist die Sorge um einen Vertrauensverlust am demokratischen Staatwesen, von dem nur - wie schon einmal - die Gegner der Demokratie profitieren könnten. Für den durchschnittlichen Bürger repräsentiert sich der Staat in seiner Beamtschaft, deren Dienstauffassung kürzlich ein Amtsgerichtspräsident in einer Leserschrift an eine Zeitung in diese vorbildlichen Sätze kleidete:

"Der Beamte, der ein ihm für erfolgreiche Hilfeleistung gebotenes Geschenk, und sei es auch nur einen selbstgepflückten Blumenstrauß, unter Hinweis auf das Dekorurn freundlich ablehnt, kann weder beleidigend noch kürzerstichlich wirken. Auch wenn seine Weigerung nicht verstanden wird, bleibt sie Pflicht. Anständigkeit braucht nicht den Fluch der Lächerlichkeit zu fürchten. Dem Staatsdiener beglückt nicht Dankerweis, sondern das Gefühl erfüllter Pflicht."

Welch' ein politischer Stil!

sp - Unmittelbar nach der Veröffentlichung der sowjetrussischen Berlin-Note hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer wieder einmal das deutsche Volk zur Einigkeit aufgerufen, um den durch den sowjetrussischen Vorstoss ausgelösten Gefahren besser begegnen zu können. An solchen Appellen hat es auch in der Vergangenheit bei früheren Anlässen nicht gefehlt, aber der Bundeskanzler selbst sorgte dafür, dass sie nur Worte ohne Wirkungskraft blieben.

So auch diesmal. Dreimal seit der Berlin-Note haben interfraktionelle Gespräche stattgefunden. Alle Parteien waren sich einig über die Ablehnung der sowjetrussischen Berlin-Vorschläge, aber gleichzeitig betonten sie die Notwendigkeit einer Verhandlungsbereitschaft, nachdem sich die Adenauer-These, über Berlin dürfe man überhaupt nicht verhandeln, nicht mehr aufrechterhalten liess. Diese These, aus einer starren Haltung geboren, fand auch heftigen Widerspruch bei unseren westlichen Verbündeten, zumindest bei den wichtigsten Partnern, den Briten und Amerikanern. Bei diesen interfraktionellen Gesprächen fehlte es nicht an Versicherungen von der Regierungseite, man werde sich bemühen, gemeinsam deutsche Gegenvorschläge auszuarbeiten, die als Grundlage für die so notwendigen Konsultationen mit den Westmächten dienen sollten.

Diese Versicherungen erwiesen sich als laeres Stroh. Die Arbeitsgruppe des Auswärtigen Amtes hat nun ihre Arbeiten abgeschlossen, eine deutsche Delegation fährt zum Wochenende nach Washington, um an den Beratungen des Viermächte-Arbeitsstabes in Washington teilzunehmen. Was sie als Arbeitsmaterial mitbringt, was sie an möglichen Gegenvorschlägen, an Anregungen und Initiativen aufzuweisen hat, bleibt tiefstes Geheimnis; die Vertreter der Opposition wurden nicht unterrichtet, ihre Mitarbeit war nicht erbeten. Die Regierung konsultiert zwar in einer entscheidenden Frage - schliesslich geht es ja doch um die Zukunft des deutschen Volkes - ihre westlichen Bündnispartner, sie hält es aber unter ihrer Würde, den Rat der Oppositionsparteien, die ja auch immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung parlamentarisch vertreten, einzuholen.

Gesah es darum, weil die Regierung befürchtet, von der Opposition zu einer grösseren Flexibilität gedrängt zu werden? Bedeutungsvolle Stimmen in der angelsächsischen Öffentlichkeit fragen sich heute besorgt, ob die Regierung Adenauer überhaupt bereit ist, einer neuen Situation mit neuen Methoden und einer anpassungsfähigeren Politik zu begegnen. Die Beratungen des Viermächte-Arbeitsstabes gehören zu den diplomatischen Vorrunden, Entscheidungen sind nicht zu erwarten, aber die Grundlagen für künftige Entscheidungen und die Marschrouten für die zu erwartenden Konferenzen über die Deutschlandfrage werden hier festgelegt. Will die Bundesregierung als ein Mitbeteiligter diese Marschroute ohne oder gar gegen den Willen einer starken innerdeutschen Opposition festlegen lassen? Welch' ein schlechter politischer Stil!

31. Januar 1959

Aus Karachi nichts Neues

H.E.D. Sarg- und klanglos ist die Tagung des Ministerrates der Mitglied-Staaten des Bagdadpaktes zu Ende gegangen. Weder das Abschlußkommuniqué noch der Verlauf der Tagung an sich lassen irgendwelchen Optimismus auf seiten der Teilnehmer zu.

Drei Tage lang quälte man sich mit dem ewig gleichen Thema ab: wie kann das Bündnissystem militärisch verbessert und politisch attraktiver gestaltet werden. Da aber weder die Amerikaner, zu deren Delegation Außenminister Dulles nicht zählte, noch die Briten allzu großes Interesse an den Tag legten, diesem Thema mit Energie und neuen Ideen zu Leibe zu rücken, versickerte die Tagung auf der Ebene orientalischer Routine, um nicht zu sagen Schläfrigkeit. Selbst die asiatischen Mitglieder des Paktes, der Iran, die Türkei und Pakistan schienen kaum bereit zu sein, angesichts der offensichtlichen "Lethargie" der Großen von sich aus neue Impulse beizusteuern.

Dies ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß für diese Staaten der Schock der Revolution in Bagdad noch keineswegs überwunden ist, und man in den drei Hauptstädten des Nahen Ostens in der gegenwärtigen Phase der Weltpolitik sich nicht gerne freiwillig die Füße verbrennen will. Besonders dann nicht, wenn Washington und London einem realen und vernünftigen "Disengagement" auch in diesen Breiten nicht mehr so abgeneigt sind wie früher.

Die Dinge sind in Fluß geraten, und die Zeit der nur militärischen Pakte in Asien geht einem unrühmlichen Ende zu. Auch die bisher allianzfreudigsten Gruppen im Iran zum Beispiel halten es im Augenblick für besser, auf der Stelle zu treten und vorsichtige Fühler nach Norden, zur Sowjetunion auszustrecken. Darüber hinaus sind die inneren Schwierigkeiten aller dieser Länder so angestiegen, daß ihr tatsächlicher militärischer Wert im Ernstfall gleich Null wäre. Nicht daß die Bevölkerung unplotzlich ihr kommunistisches Herz entdeckt hätte, aber die sozialen Probleme drängen die Regierungen gerade dazu, mehr Aufmerksamkeit als bisher den eigenen Lande zuzuwenden und nicht Gefahr zu laufen, von der Welle sozialrevolutionärer Entwicklungen überrollt zu werden. Die vor der Tagung so sensationell aufgetrachte Meldung, die USA würden bilaterale Verträge mit den asiatischen Paktstaaten abschließen, haben sich als Zweckpropaganda entpuppt. In Washington hat man es zur Stunde gar nicht eilig, sich im nächstlichen Ofen zu engagieren. Man wartet ab.

Prager "Kulturschiff" in Hamburg

(rh) Seit einiger Zeit besitzt der Hamburger Freihafen eine Attraktion besonderer Art. Im tschechoslowakischen Pachtgebiet des Freihafens, das den Moldau- und Saale-Hafen umfaßt, liegt ein sogenanntes Kulturschiff, das den Namen "Novy Zivot" (Neues Leben) führt. Es handelt sich um einen 1000 Tonnen großen ehemaligen Schleppkahn, der im vergangenen Jahr mit einem Aufwand von 870 000 DM umgebaut wurde. Durchschnittlich halten sich 200 Elbeschiffer in Hamburg auf, manchmal sind es bis 300. Das Kulturschiff kann somit ohne Zweifel seinen Zweck erfüllen.

Östliche "Kulturschiffe" sind sonst in keinem westlichen Hafen anzutreffen. In Mitteleuropa sind sie dadurch bekannt geworden, daß die Sowjetunion ständig auf der Donau "Kulturschiffe" verkehren läßt. Die nach dem zweiten Weltkrieg gegründete sowjetische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat nicht nur den bei Kriegsschluß auf der Donau unter deutscher Flagge verkehrenden Schiffspark als Kriegsbeute übernommen, sondern auch entlang der Donau Niederlassungen eingerichtet. Die Niederlassungen innerhalb des Ostblocks werden von diesen "Kulturschiffen" regelmäßig besucht, um den Angestellten und Mitarbeitern kulturelle Darbietungen, Unterhaltung und die unvermeidlichen Schulungskurse zu vermitteln. Es werden jedoch auch Werbeveranstaltungen für die Bevölkerung der Niederlassungsorte durchgeführt und von Zeit zu Zeit Feste und Empfänge veranstaltet.

Das Prager "Kulturschiff" im Hamburger Hafen sorgt neben dem Leiblichen Wohl auch für die Unterhaltung der tschechischen Binnenschiffer. Es gibt einen Gesellschaftsraum mit einer kleinen Bühne und einer Tanzfläche, in dem 90 Besucher bequem Platz finden. In diesem Raum werden auch Vorträge und Kurse abgehalten, die der Weiterbildung der jüngeren Angestellten dienen. Mit einer Filmapparatur werden nicht nur tschechische, sondern auch westdeutsche Filme vorgeführt. In der gleichen Etage wie der Speisesaal wurde ein eigener Rauchsalon eingerichtet, damit im Speisesaal nicht geraucht zu werden braucht. In einem großen Sportraum kann man boxen, Tischtennis spielen oder Bodenturnen betreiben, für die populärsten Sportarten in der CSSR ist also gesorgt. Im Lesezimmer gibt es eine Schachdecke, eine Bücherei und eine bunte Anzahl von Gesellschaftsspielen. Auch ein Fernsehapparat wurde angeschafft, der natürlich nur westdeutsche Programme übernehmen kann. Sport- und Quizsendungen erfreuen sich bei den Besuchern des Kulturschiffes der größten Beliebtheit. Das "Kulturschiff" besitzt schließlich noch einen Kindergarten, da viele Elbeschiffer (auf den Schleppern und Schleppkähnen) ihre Frauen und Kinder auf Fahrt mitnehmen oder manchmal Frau und Kinder einen Schiffer begleiten.

Das "Kulturschiff" hat sich bereits zu einem Anziehungspunkt für die Elbeschiffer entwickelt, die zwar weiterhin die Stadt Hamburg gern besuchen, jetzt aber auch viele Stunden im Kreise ihrer Kameraden verbringen können und neben der gewohnten Küche eine Unterhaltung finden, der sie zu folgen vermögen. Dabei kommen sie überdies mit ihren Tagesspesen besser zurecht, die - wieder in die Kasse zurückfließen, aus der sie stammten.

Ist die Angestellten-Ausbildung zeitgemäß?

Bd.T. Wie steht es mit unserem Schulproblem? Diese Frage warf Prof. Dr. Fritz Croner, der bekannte Angestellten-Soziologe, in einer Arbeitstagung des neuen Kölner Instituts für "Mittelstandsforschung" auf. Er hielt sie zwar für eine zentrale Frage, doch war es nicht seine Aufgabe, sie ausführlich zu beantworten. Er sprach über die "Angestelltenforschung von heute" und wollte mit der Frage nach dem Schulproblem, das heute viel erörtert wird, nur darauf hinweisen, daß man einen Teilaspekt dieses Problems, nämlich die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, keinesfalls vernachlässigen dürfe.

"Was heißt heute Buchhalter?". "Gibt es in der modernen Wirtschaft überhaupt noch den Begriff Beruf?" - "Was wird man 1960 unter einem Kaufmann verstehen?" Diese Fragen stehen im Vordergrund seiner Untersuchungen. Er kommt zu anderen Schlußfolgerungen als z.B. Professor Pollock, der meint, im Laufe der fortschreitenden Automatisierung würden die Angestellten immer leichter auswechselbar werden. Im Gegenteil: Auf den Angestellten warten neue Spezialaufgaben. Die Automation werde mit der Eliminierung der bisherigen Büro-Arbeit wieder "Ordnung in die Karriere der Angestellten" bringen. Völlig neue Laufbahnen würden sich eröffnen, so bei der Arbeitsvorbereitung und Arbeitsauswertung: Analytiker, Mathematiker, Systemtechniker, sowie andere, wovon man heute wohl kaum eine Ahnung haben könne. Bald würden wir einen großen Mangel an qualifizierten Angestellten haben.

Die Automation wird nach Prof. Croner den Zug zum Steigen der Angestellten-Zahl nicht hemmen. Eine neue Arbeitsverteilung und Arbeitsaufteilung im Interesse eines schnelleren Produktions- und Arbeitsablaufs setze eine verwirrende Anhäufung von Informationen voraus. Die Büros müßten deshalb hochspezialisiert werden, d.h. die Bürokräfte, soweit es sich nicht um reine repetitiverische Arbeit handle, müßten wesentlich qualifizierter sein als bisher. Die befürchtete "Entseelung" durch Automation sei zwar "romantischer Konsens", jedoch führe die modernste Büroarbeit zwangsläufig zu einer "Umstrukturierung auf höherer Ebene", was natürlich Ehrgeiz, Nervosität und Aggression auslösen könne, jedenfalls solange sich dieser Prozeß vollziehe. In der amerikanischen Flugzeug-

31. Januar 1959

industrie, in der chemischen und Öl-Industrie, nicht zuletzt in der Automobilindustrie, also in Wirtschaftsbereichen, wo die Automation am weitesten fortgeschritten ist, wurde das Büro-Personal nicht vermindert, sondern stark vermehrt, so insbesondere bei Ford. Croner vertritt die Ansicht, daß bei normaler Wirtschaftsentwicklung und zugleich echter Vollbeschäftigung neue Angestellten-Funktionen schneller gefordert sind, als alte Funktionen verschwinden.

Croners interessantes Material war zweifellos dazu geeignet, die Dringlichkeit des Angestellten-Ausbildungs-Problems ("Dritter Bildungsweg"!) zu unterstreichen - seine These jedoch, daß die Angestellten zu den Mittelschichten gehören, stützte es nicht.

+ + +

Blanks Theorie und Praxis

sp - In "Arbeitgeber", der Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erklärt der Bundesarbeitsminister Theodor Blank in einem Jubiläumsartikel zum 10-jährigen Bestehen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: "Die Sozialpolitik muß sich mehr als bisher der Zustimmung jener versichern, die sie begünstigen will. Niemand sollte berechtigt sein, in die Verwendung des Einverständnis einzugreifen."

Krankenversicherte aber, die nunmehr glauben könnten, daß Herr Blank die Auffassung der Versicherten hören will, bevor er seinen Regierungsentwurf zur Krankenversicherung fertiggestellt hat, werden vom Bundesverband der Ortskrankenkassen eines Besseren belehrt. In einer bitteren Erklärung stellt der Bundesverband der Ortskrankenkassen, der Millionen Krankenversicherte und ihre Familienangehörigen vertritt, fest, daß Blank den Krankenkassen "die für eine Überprüfung des Entwurfs notwendige Zeit nicht zur Verfügung stellt"!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel